

»Wir wollen ein neutrales Gutachten«

Berlin: Bauvorhaben von Deutscher Bahn und Senat gefährdet Denkmal für ermordete Sinti und Roma.

Ein Gespräch mit Daniel Strauß

Sie kritisieren die Planung für die S-Bahnlinie 21 in Berlin. Was bedeutet das für das Denkmal für die von den Nazis ermordeten Sinti und Roma?

Ein Gedenken, wie es der Künstler Dani Karavan und die Bundesrepublik bei der Eröffnung vorgesehen haben, ist in dieser Form über mindestens ein Jahrzehnt faktisch nicht mehr möglich. Acht Meter vom Brunnen Denkmal entfernt soll ein etwa 2.000 Quadratmeter großes Baufeld angelegt werden, wo riesige Baumaschinen eingesetzt und ein Tunnel in offener Bauweise entstehen soll. Nach der jetzigen Planung müssten mit Baubeginn Ende des Jahrzehnts die für das Gelände signifikanten 80 Jahre alten Bäume gefällt werden. Hinzu kommt der Baulärm über zehn Jahre sowie die Verschmutzung des Brunnenbeckens. Damit ist die Funktion des Denkmals nicht mehr gegeben.

Nun kritisieren Sie vor allem die Kommunikation mit Betroffenen in der bisherigen Planung.

2018 wurde als einziger der Zentralrat Deutscher Sinti und Roma informiert. Allerdings auch nur auf Rückfrage. Die vorherige Planung erfolgte ohne jegliche Kommunikation. Erst die Stiftung Denkmal informierte den Zentralrat damals über das Bauvorhaben. Daraufhin kontaktierte die Bahn den Zentralrat. Die Problematik war, dass die Bahn Herrn Rose als Vorsitzenden des Zentralrats einlud und das als ausreichend ansah. Herr Rose hat die anderen Dachverbände nicht informiert, sondern einen Kompromissvorschlag eingebracht, der den Bau eines Kompensationszentrums vorsieht. Darauf ist die Bahn eingegangen, ohne weitere Verbände zu informieren.

Welche Rolle spielen denn Konflikte innerhalb der verschiedenen Dachorganisationen?

Der Zentralrat vertritt nur 15 Prozent aller deutschen Sinti- und Roma-Organisationen. 85 Prozent werden nicht durch ihn vertreten, sondern durch drei weitere Dachorganisationen.

Es gibt den Versuch, diese vier Dachorganisationen in einem künftigen Staatsvertrag zusammenzufassen, um einen Ansprechpartner für die gesamte Minderheit zu bilden. Dem verweigert sich der Zentralrat allerdings. Die Landesregierung

schürt die Auseinandersetzung, indem ein Vertreter belohnt wird, der »kompromissbereit« ist, während die anderen zwar die verkehrstechnische Verbesserung befürwortet, aber nicht auf Kosten des Gedenkens.

Sie staunten darüber hinaus über den Tag der Verkündung des Kompromissvorschlags.

Der 16. Dezember ist der Tag des Auschwitz-Erlasses, mit dem Heinrich Himmler den Befehl gab, alle Sinti und Roma im Reich nach Auschwitz zu deportieren und zu vernichten. Es ist einer der ältesten Gedenktage, die im

Bundesrat begangen werden. Diesmal gab es darüber hinaus im Vorfeld noch den Bundestagsbeschluss über die Anerkennung der zweiten Verfolgung – also die Diskriminierung und Polizeipraxis nach 1945. Am gleichen Tag wurde uns dann mitgeteilt, dass der Kompromissvorschlag umgesetzt werden soll. Das ist erinnerungspolitisch ein Skandal. Man wird sich hier die nächsten Jahre öffentlich mit unserer Gegenwart und Zukunft auseinandersetzen müssen.

Warum bezeichnen Sie die jetzige Situation als unwürdig für die Erinnerungskultur in der BRD?

Der Völkermord an Sinti und Roma wurde 37 Jahre lang verleugnet. Nach der Anerkennung hat es dann noch mal 30 Jahre gedauert, bis dieses Denkmal eröffnet wurde. Und jetzt nach zehn Jahren ist die Funktion gefährdet. Ich kann nachvollziehen, dass der Berliner Senat seine Priorität bei der Verkehrspolitik sieht. Aber die Bundesrepublik hat das offizielle nationale Denkmal für Sinti und Roma initiiert. Sie muss sicherstellen, dass das Gedenken weiterhin gegeben ist.

Haben Sie gegenüber der Bahn und den zuständigen politischen Stellen bereits mögliche Lösungsvorschläge gemacht?

Wir wollen ein neutrales Gutachten, das Klarheit bringt bezüglich der konkreten Auswirkungen der jetzigen Planungen auf das Gedenken an diesem Ort. Wir reden immer über den Verkehrsbedarf Berlins, aber nicht darüber, dass die Bundesrepublik eine Verantwortung übernommen hat für den Völkermord. Wir werden konstruktiv dranbleiben. Es bedarf darüber hinaus endlich einer Einbindung aller Dachorganisationen und nicht des Ausspielens Einzelner gegeneinander.

Interview: Fabian Linder



Daniel Strauß ist Kovorsitzender Bundesvereinigung der Sinti und Roma (BVSZ)



ZOHRA BENISEN/REUTERS

Technische Pannen.

Nach chaotischen Szenen sowie logistischen und technischen Problemen ist die Präsidenten- und Parlamentswahl in der Demokratischen Republik Kongo am Donnerstag in eine eintägige Verlängerung gegangen. Nach Angaben einer Beobachtermission hatten lediglich 34 Prozent der Wahllokale am Mittwoch pünktlich geöffnet, teils kam es zu großen Verspätungen, viele Wahllokale öffneten überhaupt nicht. Mehrere Oppositionskandidaten lehnten in einer gemeinsamen Erklärung die Wahlverlängerung ab und forderten Neuwahlen.

(dpa/jw)

Recht auf Markt

Wettbewerbsfreiheit: EuGH urteilt zugunsten von Fußball-»Super League«

Der Fußball ist frei« verbreitete die Beratungsagentur A 22, die hinter der europäischen »Super League« steckt, am Donnerstag. Am selben Tag hatte der Europäische Gerichtshof (EuGH) entschieden, dass die Monopolstellung der Europäischen Fußballunion (UEFA) sowie des Weltverbandes FIFA nicht mit europäischem Wettbewerbsrecht vereinbar sei. Damit endet ein seit Mai 2021 geführter Rechtsstreit, der zu den größten der Fußballgeschichte zählt. Laut Urteil müssten UEFA und FIFA den Plänen der beteiligten Klubs nicht zustimmen und dürften diesen nicht mit Sanktionen drohen. Die bisherigen Regeln der beiden Verbände seien nicht ausreichend »transparent, objektiv, nicht diskriminierend und verhältnismäßig«. Das bedeute allerdings nicht, dass die

»Super League« genehmigt werden müsse, so die Richter.

Als am 19. April 2021 die European Super League gegründet wurde, schien sich der Vereinsfußball nachhaltig gewandelt zu haben. Zwölf europäische Spitzenvereine – von Real Madrid bis Juventus Turin, FC Liverpool bis FC Barcelona – schlossen sich zusammen. Die »Super League« sollte einen paneuropäischen, semigeschlossenen Ligabetrieb mit höherer sportlicher Konkurrenz ermöglichen, der einen enormen Zufluss an externem Kapital angezogen hätte. So kündigte die US-amerikanische Bank J. P. Morgan Chase an, in die »Super League« 3,5 Milliarden US-Dollar zu investieren. Ein Angriff auf das Premiumprodukt der UEFA, die Champions League.

Die Verbände drohten den beteiligten Vereinen mit drakonischen Strafen.

Fans organisierten heftige Proteste, unter deren Druck sich etwa alle sechs englischen Teams wieder zurückzogen. Im Kampf um Erhalt des bisherigen Fußballs kam es zu einem merkwürdigen Bündnis zwischen Fußballverbänden, einem Großteil der anderen Vereine und den Fans. Während die Verbände ihre Monopolstellung zur Verwertung des Produkts Fußballs schützen wollten, war die Kommerz Kritik einiger Fans recht romantisierend.

Nach der Urteilsverkündung stellte A 22 das Format der angestrebten »Super League« vor. Der Wettbewerb soll 64 Vereine umfassen, die in drei Ligen spielen: 16 Vereine in der »Star League« und der »Gold League« und 32 in der dritten, der »Blue League«. Die Fanvereinigung Football Supporters Europe kündigte Widerstand an.

Raphael Molter

NACHRICHTEN

Nordkorea warnt USA und Südkorea

Pjöngjang. Kim Jong Un hat mit einem Atomwaffeneinsatz gedroht, sollte sein Land »mit Atomwaffen provoziert« werden. Kim habe das Militär für Raketen angewiesen, »nicht zu zögern«, einen nuklearen Angriff zu starten, »wenn der Feind mit Atomwaffen provoziert«, berichtete die Nachrichtenagentur KCNA am Donnerstag. Die Warnung folgte auf ein Treffen zwischen Südkorea und den USA in Washington. Die Agenda umfasste unter anderem den Punkt »nukleare und strategische Planung«. Die Demokratische Volksrepublik Korea hatte am Montag ihre bisher stärkste ballistische Interkontinentalrakete getestet. (AFP/jw)

Libanon: Tote nach israelischem Beschuss

Beirut. Bei einem israelischen Angriff im Süden des Libanon ist eine ältere Frau in ihrem Haus getötet worden. Auch ihr Mann soll verletzt worden

sein, wie libanesische Medien berichteten. Das israelische Militär erklärte am Donnerstag, es habe Vergeltungsschläge der Luftwaffe auf Ziele der Hisbollah gegeben. Von diesen Positionen im Süden des Libanon aus habe die schiitische Gruppe Angriffe auf Israel gestartet. Nach Angaben der Hisbollah wurde bei einem israelischen Angriff in der Nacht zu Donnerstag einer ihrer Kämpfer getötet. (Reuters/jw)

Tote und Verletzte nach Schüssen in Prag

Prag. Bei Schüssen an der Karls-Universität in der Prager Innenstadt sind mehrere Menschen getötet und Dutzende verletzt worden. Tschechiens Innenminister Vit Rakušan sagte im öffentlich-rechtlichen Fernsehen am Donnerstag nachmittag, der mutmaßliche Schütze sei tot. Bis jw-Redaktionsschluss lag die Opferzahl bei zehn Toten. Die Polizei rief dazu auf, die Gegend weiträumig zu meiden. Anwohner sollten nicht aus dem Haus gehen. Auf Fotos war zu sehen, wie Studenten das Hochschul-

gebäude mit erhobenen Armen verlassen. Nach einem Bericht des Fernsehsenders Nova soll auch eine Explosion zu hören gewesen sein. (dpa/jw)

Angola kündigt Rückzug aus OPEC an

Lunda. Angola hat seinen Rücktritt aus der Organisation Erdöl exportierender Länder (OPEC) angekündigt. Die Mitgliedschaft sei nicht im nationalen Interesse, erklärte Ölminister Diamantino Azevedo am Donnerstag in einer Fernsehansprache. Man spiele in dem Energiekartell keine relevante Rolle, könnte aber früher oder später zu Produktionskürzungen gezwungen werden. Dies würde den Zielen des Landes entgegenstehen. Angola war der OPEC 2007 beigetreten. Als die Organisation das Förderziel Angolas im November auf dem derzeitigen Niveau festschrieb, etwa 1,11 Millionen Barrel pro Tag (bpd), schickte Azevedo eine Protestnote. Die OPEC-Mitglieder fördern etwa 28 Millionen bpd. (Reuters/jw)